



Biwöchlicher Abonnementdruck in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement, 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsheligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 404. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Deutschland.

Berlin, 29. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den bisherigen Ober-Regierungsrath Dr. jur. von Schleidmann zu Berlin zum Präsidenten der Regierung in Cumbinian ernannt (telegraphisch gemeldet) und dem Kaufmann und Glaswaren-Fabrikanten Max Heckert zu Berlin das Prädicat eines Königlichen Hoflieferanten verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat den Kaufmann Francis Charles Sarg zum Vice-Consul in Corban und den Kaufmann Gustav Voss zum Vice-Consul in Petahulon (Guatemala) ernannt.

Berlin, 29. August. [Seine Majestät der Kaiser und König] empfing gestern den Feldmarschall Freiherrn von Manteuffel (telegraphisch gemeldet) und nahm den Vortrag des Generals von Albedyll entgegen.

Berlin, 29. August. [Manteuffel in Warschau. — Abweigung in dem Kampfe der russischen Offiziere gegen Deutschland. — Boerescu. — Fürst Bismarck.]

Die Dauer des Aufenthalts des Feldmarschalls Frhr. v. Manteuffel in Warschau ist nicht bestimmt, dagegen wird sich derselbe direct von dort aus zur Berichterstattung zu Sr. Majestät dem Kaiser begeben. Es heißt, der Marschall werde sich im Gefolge des Kaisers bei den Manövern in Preußen und Pommern befinden; ob auch bei dem Besuch des Kaisers in den Reichslanden der Marschall den Kaiser begleiten wird, ist noch nicht entschieden. — Die russische Regierungspresse hat bereits den Auftrag erhalten, sich der feindseligen Haltung gegen Deutschland zu begeben; auch in den deutschen regierungsfreundlichen Blättern hat die herausfordernde Sprache gegen Russland aufgehört. Auf diesem Gebiet dürfte dem Waffenstillstand bald genug der Friede folgen. Welche weiteren Resultate die Mission Manteuffels erzielen möchtet, wird in vollem Umfang wohl schwerlich bekannt werden. Jedenfalls steht fest, daß die Auffassung, als handle es sich dabei um eine bloße Höflichkeit, von Niemandem getheilt wird, der mit den Verträgen nur einigermaßen orientirt ist. — Es ist aufgefallen, daß der rumänische Minister Boerescu hier bislang weder von dem Kaiser noch von dem Staats-Sekretär des Auswärtigen empfangen worden ist. Die Angabe, es sei ihm eine Audienz versagt worden, ist falsch. Man will indessen wissen, es sei dem Minister Boerescu in Peetersburg bedeutet worden, daß er in Berlin nicht eben auf ein Entgegenkommen bezüglich einer Modification des Berliner Tractats zu rechnen haben würde. In Folge dessen hätte es der Minister vorgezogen, sich zunächst nach Frankreich zu begeben und den dortigen Minister des Auswärtigen zu bewegen, seinen Einfluß zu Gunsten der rumänischen Anträge in Berlin zu verwenden. Jedenfalls wird Herr Boerescu vor der Rückkehr in die Heimat noch Gelegenheit nehmen, hier die Wünsche seiner Regierung geltend zu machen. — Ein Besuch des Fürsten Bismarck in Wien wird allgemein erwartet. Der deutsche Reichskanzler ist während der Weltausstellung im Sommer 1873 zum letzten Mal in Wien gewesen.

Berlin, 29. August. [Der nationalliberale Wahlaufruf. — Zum Wahlyprogramm der Fortschrittspartei.] Der von der „Neuen Freien Presse“ mitgetheilte Entwurf eines Wahlyprogramms der nationalliberalen Partei stellt sich, wie wir sofort vermuteten, als durchaus authentisch heraus und ist durch eine Indiscretion eines Mitgliedes des Central-Wahlcomites in die Öffentlichkeit gelangt. Man ist in den betreffenden Kreisen darüber natürlich sehr ungehalten, da der Entwurf noch den abwesenden Mitgliedern der Centraleitung, u. A. den Herren Lasker, von Bunsen und auch dem in Pontresina weilenden Herrn von Bemmigen vor der Veröffentlichung zugesendet werden sollte. Man wollte zunächst erst die Unterschriften aus den Provinzen abwarten, um nach dem offiziellen Beginn der Wahlbewegung, d. h. nach der in den nächsten Tagen zu erwartenden Auflösung des Abgeordnetenhauses und nach der Ausschreibung der Neuwahlen vor die Wähler zu treten. Zu gleicher Zeit wird dann auch das Central-Wahlcomite der Fortschrittspartei mit dem bereits angekündigten Aufruf hervortreten. Derselbe dürfte sich vornehmlich durch eine schärfere Accentuierung der Opposition gegen die Eisenbahnpolitik der Regierung und durch eine umfassendere Darlegung der gegen die liberalen Bestrebungen gerichteten Regierungspolitik unterscheiden, wird aber ebenfalls die Notwendigkeit des Zusammengehens der liberalen Parteien betonen, um die Reaction abzuwehren.

[Die gouubernementale Presse und die nationalliberale Partei] Die „Danziger Ztg.“, welche in Fühlung mit dem nationalliberalen Abgeordneten Rüder steht, schreibt: Die gouubernementale Presse gebebt jetzt in jüngster Zeit als der Vorwand der eigentlichen richtigen Nationalliberalen, zu welchen sie nur die rechnet, von welchen sie annimmt, daß sie sich der eigenen Meinung jetzt vollständig entzögeln und zu einer „Partei Knobloch“ gebrauchen lassen würden. Schade nur, daß dann, wenn die Untertheidung der Gouvernementalen richtig wäre, von eigentlich richtigen Nationalliberalen wenige übrig blieben. Die „National-Zeitung“ war vor einem Jahre noch ein der Regierung so weit entgegenseitig war, daß sie kein irgendein scharf charakteristisches Wort gebrauchte. Mittlerweile hat sie zu unserer Freude eine weit entschiedener Stellung eingenommen und zwar, weil sie durch Thatsachen belehrt ist. Die „Wörterzeitung“ war vor zwei Jahren noch ein freiconservatives Organ zu nennen, heute nimmt sie eine sehr entschiedene Stellung ein. Dasselbe kann man von der „Köln. Ztg.“, „Magdeb. Ztg.“ und einer Reihe von anderen hervorragenderen liberalen Organen sagen. Nur einzelne süddeutsche Organe waren es in letzter Zeit noch, welche den eigentlichen, richtigen und wahren Nationalliberalen, wie sie die Offiziösen sich ausmalen, entwischen. Diese betrieben von Berlin aus Schriftsteller aus Republikanern gegen den sog. „linken Flügel“ zugeschickt und nahmen sie auf, und Tags darauf drückte die „Norddeutsche“ sie ab als ein Zeugnis von der Spaltung der nationalliberalen Partei. In den letzten Wochen findet man solche Stimmen aus Süddeutschland seltener in der „R. A. Z.“ abgedruckt, weil auch den Süddutschen seit der Aera Puttkamer die Augen aufgegangen sind. Und auch die Liberalen, welche heut noch ganz vertrauensselig sind, werden bald zu uns zurückkehren, die Verhältnisse werden bald dahin treiben, daß auch ihnen die Augen geöffnet werden. Hat doch selbst das Organ der Freiconservativen schon nach oben hin einen Wink gegeben, welcher bedeutet, daß es weiß, wohin man uns steuern will, und welcher ankündigt, daß auch diese Partei nicht gewillt ist, sich zu Allem gebrauchen zu lassen.

[Die zweijährige Budgetperiode.] Die „R. Ztg.“ schreibt: Für den Plan, die Budgets Preußens und des Reiches gleichsam auf Vorwahl zu arbeiten, so daß in einer Session gleich zwei gemacht werden, haben wir bis jetzt noch keinen Grund gehabt, als die übermäßige Ausdehnung der parlamentarischen Arbeiten. Wodurch werden aber die Budgetverhandlungen des Abgeordnetenhauses zu unerträglicher Länge ausgedehnt? Geiß nicht durch die technische Behandlung des Staats — diese ist sachlich

kurz und vollständig entsprechend. Vielmehr sind es die endlosen Duerelen und Culturkampfreien des Centrums, welche den Überdruck an diesen Verhandlungen erregen. Nichtsdestoweniger soll jetzt gerade mit Hilfe des Centrums die jährliche Budgetberatung, die technisch und politisch eine Grundlage unserer Staatsverfassung ist, abgeschafft werden. Dem Überdruck parlamentarischer Arbeit wollen die Conservativen abholzen, indem sie jene gefährliche Neuerung unterstüzen, und sie machen sich gleichzeitig bereit, die jenen liberalen Gesetzgebung auf allen Gebieten einer „Revision“ zu unterziehen, d. h. sie wollen die bestehende Gesetzgebung in wesentlichen Punkten aufheben und durch eine neue ersetzen. Ein solches Unternehmen müsste natürlich die Dauer unserer Parlamente außerordentlich verlängern und ihre Aufgabe verdoppeln.

[Die bemerkenswerthe Entscheidung der auf Grund des Sozialistengesetzes eingeführten Reichscommission] betrifft ohne Zweifel die Frage: Wird das Verbot des Separatabdrucks einer im Reichstag gebaltenen Rede durch den Artikel 22 der Deutschen Reichsverfassung ausgeschlossen? Die Frage ist in vermeindem Sinne entschieden worden. Die vom Abgeordneten August Bebel in der Reichstagssitzung vom 5. November 1875 gebalte Rede ist auf Grund des stenographischen Berichts von der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig“ separat abgedruckt und in dieser Gestalt verbreitet worden. Die königliche Kreishauptmannschaft zu Leipzig hat durch Verfügung vom 3. Januar d. J. diese Druckprüfung auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 21. Oktober d. J. verboten. Gegen dieses Verbot hat Bebel Beschwerde gestellt und die selbe namentlich auf den Artikel 22 der Deutschen Reichsverfassung gestützt. Die Reichscommission hat diese Beschwerde durch Entscheidung vom 10. Februar zu rügtwiesen. Den Gründen entnehmen wir Folgendes: Der in Bezug genommene Artikel 22 der Reichsverfassung lautet: „Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich. Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.“ — Diese Bestimmung enthält in ihrer Fassung nichts davon, daß der Abruck der einzelnen Reden aus parlamentarischen Verhandlungen von der Anwendung der allgemeinen Gesetze ausgenommen werden sollte, und ebenso wenig ergibt sich dies aus dem Zwecke der Bestimmung. Zunächst handelt der Art. 22 nur von „wahrheitsgetreuen Berichten über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen.“ Mit einem Bericht über die „Verhandlungen“ kann aber der Bericht über eine einzelne aus dem Zusammenhange der Debatte losgelöste Rede nicht identifiziert werden. . . . Hierach ist im einzelnen Falle zu prüfen, ob ein wahrheitsgetreuer Bericht der Verhandlungen vorliegt, und diese Frage muß sich verneint werden, da in der Reichstagssitzung vom 5. November 1875 außer dem Abg. Bebel noch ein Commissarius des Bundesraths und vier Abgeordnete gesprochen haben, in dem Abruck der Rede des Abg. Bebel demnach nur ein kleiner Bruchteil der Verhandlungen mitgetheilt ist, welcher, weit entfernt ein wahrheitsgetreues Bild derselben zu geben, nur geeignet ist, die einseitige Auffassung des Gegenstandes derselben zu fördern. Fazit hierach die erste Voraussetzung der Anwendung des Art. 22, das Vorhandensein eines wahrheitsgetreuen Berichtes über Verhandlungen des Reichstags, so bedarf es nicht der weiteren Prüfung, ob Art. 22 a. a. O., indem er die wahrheitsgetreuen Berichte von „jeder Verantwortlichkeit“ frei bleiben läßt, hierbei nicht ausschließlich die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Person im Auge hat. Vielmehr müsste ohne Rücksicht auf diese Frage die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen werden.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 29. August. [Zu den Wahlen. — Socialdemokratisches. — Hohe Besuche. — Semper-Stiftung.] In Chemnitz war bisher der Hausskund des Fürsten Bismarck der ehemalige Kürschnermeister, jetziger Rentier Vöpel, Vertreter der Stadt im Reichstage und im Landtage. Seine Abstimmung zu Gunsten der Getreidezölle hat ihn unmöglich gemacht, und so hat er denn auf seine Wiederwahl für den Landtag verzichtet, weil seine Candidatur nicht allein völlig aussichtslos war, sondern auch voraussichtlich den Socialdemokraten zu einem Mandat mehr in der zweiten Kammer verholfen hätte. Über seinen Erfolgsmann haben sich die Conservativen mit den Nationalliberalen geeinigt, es ist der neue Handelskammer-Sekretär für Chemnitz, Ruppert. — Über das Verfahren der Dresdener Polizei gegen vorläufig bekannte Socialdemokraten bringen die Blätter fast täglich Neues und zum Theil recht Auffälliges. So erzählt heute die „Z. M. Ztg.“, die seit ihrem Eintreten für die socialdemokratischen Forderungen mit der Dresden Socialdemokratie Fühlung zu haben scheint, von einer eigenhümlichen Verhaftung, die den Redakteur Regel und den Expeditionsvorsteher Schlüter von der Dresdener Presse am Mittwoch betroffen hat. Die Mittheilung lautet: „Am Montag Abend wurde durch drei Polizisten die Sitzung des Bergungs-Vereins „Sachsengrün“ überwacht. Es fand Neuwahl des Vorstandes statt, weil der bisherige Vorstand von Dresden verzogen war. Der Polizist lag daran, Näheres über diesen, seinem Zwecke nach nicht dem Verein-Gesetz unterworfenen, daher polizeilich nicht angemeldeten Verein in Erfahrung zu bringen, und suchte daher beim Chefredakteur Max Regel und Expeditions-Vorsteher Schlüter — beide an der „Dresdener Presse“ — Erkundigungen einzuziehen. Da beide über die Person des neu gewählten Vorstandes Auskunft nicht geben zu können erklärten, obwohl sie sich als Mitglieder jenes Vereins bekannten, so wurden sie Mittwoch Vormittag verhaftet und als Geiseln in Haft behalten. Beide wußten aber tatsächlich nichts von dem neu gewählten Vorstande als seinen Namen, ja Herr Regel war in der Montagsitzung nicht einmal gegenwärtig gewesen. Regel wurde aber behufs Fertigstellung der am Abend erscheinenden Nummer der „Dresdener Presse“, auf Antrag des Bestlers derselben, beurlaubt und durfte in Begleitung eines Criminalpolizisten sich in das Redaktionsbüro begeben. Bei dieser Gelegenheit war es ihm möglich, durch dritte Personen den Grund seiner Verhaftung zum Stadtgremium zu machen. Auf diese Weise erfuhr der gesuchte Vorstand von „Sachsengrün“ von der Sache, ging sofort und stellte sich der Behörde, ohne jedoch — da er eben erst neu gewählt war — sonstige Auskunft über Vereinsangelegenheiten geben zu können. Regel und Schlüter wurden aber daraufhin Nachmittags 2 Uhr wieder entlassen.“ — In Bautzen hat das sächsische Königs paar seinen Besuch der Gewerbe-Ausstellung auf morgen angekündigt. Prinz Georg wird der Schandauer Ausstellung einen Besuch machen. — In Dresden ist eine Commission niedergesetzt, um über die Art und Weise zu berathen, wie die Stadtgemeinde Dresdens das Andenken des Baumeisters Gottfried Semper ehren soll. Derselben liegt u. A. der Vorschlag des Architekten Gurlitt vor, mit städtischen Mitteln die Herausgabe der Semper'schen Entwürfe zu ermöglichen. Dieser Vorschlag soll die meisten Chancen auf Erfüllung haben.

— 2. Eisenach, 29. Aug. [Vom Journalistentage.] Nach vierzehn Jahren treffen die Journalisten Deutschlands wieder einmal in dem Orte zusammen, in welchem der deutsche Journalistentag im Jahre 1865 gegründet worden ist. Um so erfreulicher ist es daher, daß gerade diesmal die Theilnahme an dem Journalistentage eine recht lebhafte zu werden verspricht. Bereits heute, also schon ehe die

offiziellen Versammlungen beginnen, sind Delegirte aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, zum Theil aus weiter Ferne, hier eingetroffen, die, ehe sie an die ernste Arbeit schreiten, sich in der selten schönen Gegend dem dolce far niente hingeben. Diese romantische Lage Eisenachs, sowie auch die Wichtigkeit des zur Verhandlung kommenden Hauptthemas (Statut einer Unterstützungsstiftung für Journalisten) mag wohl diesmal die Männer von der Feder zahlreicher herbeigelockt haben als sonst. Besonders ist nach den bereits eingelaufenen Anmelbungen von Berlin aus starke Betheiligung zu erwarten. Das hiesige Localcomite, an dessen Spitze der Redakteur der „Eisenacher Zeitung“, Herr J. Löwenheim, steht, entwickelt bereits eine rührige Thätigkeit, um die fremden Gäste würdig zu empfangen. Die Bemühungen des Bergungsvereins finden seitens der großherzoglichen Behörden ein höchst anerkennenswertes Engegenkommen. — Heute Abend findet im Hotel „zum gelben Löwen“ eine Sitzung des Localcomites statt, an welcher die bereits anwesenden fremden Journalisten als Gäste teilnehmen.

△ Stuttgart, 27. August. [Der 20. Vereinstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften VI.] Die Angelegenheiten der Consumvereine als solche nahmen diesmal einen verhältnismäßig geringen Theil der allgemeinen Verhandlungen ein, — in den besonderen Verhandlungen der Consumvereinsvertreter kamen meist rein technische Fragen zur Verhandlung. Zum Schlus der geistigen zweiten Hauptversammlung referierte Dr. Landgraf von hier — zum vierten Male auf einem allgemeinen Vereinstage — über einen Antrag, betreffend die von ihm erfolgreich in Wort und Schrift behandelte Frage der Nahrungsmittelverfälschung. Der süddeutsche Consumvereinsverband hat beantragt mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Nahrung- und Genussmittel den Consumvereinen zu empfehlen:

- 1) beim Waarenbezuge sich von jedem Lieferanten schriftliche Erklärungen darüber zu bedingen, daß die Waaren echt, ohne fremdartigen, der Benennung widersprechenden Zusatz, frei von allen schädlichen, oder auch nur bedenklichen Bestandtheilen sind,
- 2) gedruckte Waaren-Verzeichnisse mit Preisangaben überall einzuführen, dieselben in jeder einzelnen Waarenbezeichnung genau zu prüfen und alle geistlichen Bestimmungen widersprechenden Benennungen und Angaben zu entfernen,
- 3) bei Beanstandung einer Waare durch die den Laden besuchenden Polizeiorane neben der von ihnen mitgenommenen Probe eine zweite ausheben und amtlich versiegeln zu lassen und sie baldmöglichst einem zuverlässigen Sachverständigen zur fachmännischen Untersuchung zu übergeben,
- 4) den Lagerhaltern und Magazinbeamten Abdrücke des Gesetzes mit dem Antrage der strengen Beachtung zu behandigen und denselben eine besondere Instruction zu ertheilen.

Für diese Instruction war ein Muster beigelegt. In der Discussion, an welcher sich der Verbandsdirektor Schreiber-Görlitz, ferner der Vertreter des größten deutschen Consumvereins Sachs von Breslau, Finanz-Professor Balz und Controleur Müller von hier, und Oppermann und Rebentan von Magdeburg beteiligten, wurden gegen den Antrag selbst nur wenige Einwendungen, Einzelheiten betreffend, gemacht, dagegen wurden die Vorschläge des Muster-Instruction vielfach angegriffen, auch im Allgemeinen geltend gemacht, daß die Bechlussfassung über eine Muster-Instruction verhindert sei, da über die Angelegenheit noch keine Erfahrungen vorliegen. Aber, nachdem ein nach dieser Richtung gehender Antrag von Rebentan nicht die Mehrheit gefunden hatte, wurden Antrag und Instruction mit geringen Änderungen angenommen.

Die heutige dritte und letzte Hauptversammlung, die unter dem Vorsitz des zweiten Präsidenten Schad von Wiesbaden heute Morgen abgehalten wurde, beschäftigte sich zunächst mit einem Antrag des Verbandes Lautscher Consumvereine, welcher den Consumvereinen empfiehlt, mit Rücksicht auf das Lebensmittelgesetz „gemeinschaftliche Untersuchungsstationen im Sinne radicaler Arbeitstheilung anzustreben.“ Der Verbands-Direktor Schreiber-Görlitz motivirte „den Antrag durch Hinweis auf die vielen, sich gänzlich widersprechenden Gutachten der Sachverständigen, indem er dafür interessante Beispiele beibrachte. In der Discussion, an der sich außerdem noch der Amtsrat Schulze-Delitzsch und Dr. Landgraf beteiligten, kamen große Mängel des Nahrungsmittelgesetzes zur Sprache. Schule bedauerte, daß der Reichstag seinen Antrag, wonach die Richter vor Entscheidung der Streitfälle Chemiker hinzuziehen müßten, verworfen habe, woraus für manchen redlichen Gewerbetreibenden leicht schwere Schädigung erwachsen könnte; er rieb den Vereinen an, von den Sachverständigen stets die Angabe der von ihnen angeordneten Methode zu fordern und machte auf die in dem Vereine analytischer Chemiker Deutschlands gegebene wissenschaftliche Zustand aufmerksam. Dr. Landgraf-Stuttgart schlug vor, an Stelle des Antrages in einer Resolution den Verkehr mit Nahrung- und Genussmittel nicht genügend berücksichtigten Handels- und Geschäftsgebräuche die vom allgemeinen Kreistage in Danzig (1876) bereits betonte Einheitlichkeit der Methodik der Untersuchungen um so unentbehrlicher sei. Demgemäß wurde beschlossen.

Der Verbands-Direktor Behrend-Berlin referierte über einen Antrag des Brandenburger Unterverbands, die Consumvereine zu warnen, sich durch Gelegenheits- oder Billigkeits-Einfäufe nicht zu größerem Einfäulen, als ihr regelmäßiger Geschäftsumlauf gestattet, verleiten zu lassen. Da die Angelegenheit auf früheren Vereinstagen ausreichend erörtert ist, wurde der Antrag ohne Debatte angenommen.

Neber einen Antrag des Lebensbedürfnisvereins zu Karlsruhe, eingetragen, berichtete dessen Vertreter Kriegsrath a. D. Krummel. Derselbe empfiehlt Consumvereinen, die bereits einen hinreichenden Reservestofds angehäuft haben, und mit namhaften Gewinnüberschüssen arbeiten, deren Betriebsmittel aber noch einer Kräftigung bedürfen, die Dividende nicht höher als sechs Prozent zu stellen, die weiteren Erübrigungen aber den Mitgliedern nach Verhältniß ihres Umlaufs in der Form von Einlagen (gesondert von den Geschäftsantheilen) gut zu schreiben, die landessülich verjünkt werden, aber auf die Dauer der Mitgliedschaft und zwei Jahre darüber hinaus seitens der Eigentümer unfindbar, seitens des Vereins dagegen jederzeit mit halbjährlicher Heinzahlungsfrist kündbar sind.

Schulze-Delitzsch billigte das Prinzip des Antrages, welches aber bereits durch die vorgerstreite Bechlussfassung über einen Antrag der Anwaltschaft erledigt sei, während er einzelnen Details des Antrages nicht zutreffen könne. Probst-München empfahl eine motivirte Tagesordnung unter Bezugnahme auf den weitesten Beifluss. Krummel-Karlsruhe erklärte sich indessen durch die Discussion für befriedigt und zog den Antrag zurück.

Mit dem Dank an Stuttgart schloß Schenck noch Vormittags den 20sten Verbandstag. Auf demselben sind Bechlüsse über technisch-genossenschaftliche Fragen weniger als sonst gefasst. Dagegen sind wichtige, oft unter den Genossenschaftern selbst kaum noch für ansehbar erachtete genossenschaftliche Grundsätze noch einmal in einer Reihe von Resolutionen klar hingestellt, in der Befürchtung, daß demgemäß alte und neue Gegner feindliche Strömungen bei den Regierungen und im Volke benutzen würden, die Genossenschaften zu schädigen und ihnen den Boden für ihre segensreiche nationale Wirkung zu untergraben. Der Verband der deutschen Genossenschaften sieht den weiteren Kämpfen mutig entgegen!

Österreich.

* * Wien, 28. Aug. [Die Gasteiner Begegnung. — Die Botschafter-Conferenz in Wien. — Die beiden Baron Haymerle.] Bei der Reise des Grafen Andrassy nach Gastein soll es sich also nur darum handeln, daß der schiedende Minister dem deutschen Kanzler mit der vollen Autorität seines eigenen Wortes so wie ausdrücklich im Namen des Kaisers die Versicherung

giebt, es werde sich durch seinen Rücktritt nicht das Mindeste an unserer auswärtigen Politik und insbesondere an unseren intimen Beziehungen zu Deutschland ändern. Gewiß ist eine solche, mit besonderer Feierlichkeit abgegebene Bürgschaft eben so nothwendig wie erfreulich in dem Augenblicke, wo sich in Folge der Spannung zwischen Deutschland und Russland ganz neue politische Combinationen vorzubereiten scheinen. Warum aber das Vollgewicht dieser Garantien dadurch verstärkt werden soll, daß Graf Andrássy sie als demissionärer Minister und trotzdem immer noch als Vertrauensmann seines Monarchen abgibt, wie die Offizidien uns weß machen wollen, ist mehr als der beschränkte Unterthanenverstand zu begreifen vermag. Ein amtierender Minister ist ja doch erst recht der natürliche Vertrauensmann der Krone! An alledem, was der redselige und gerne etwas wichtig thuende Baron Tedesco nach Wien telegraphirte, daß Bismarck den Grafen Andrássy vielleicht doch noch zum Bleiben bewegen und daß Lechterer deshalb seinen Aufenthalt in Gastein verlängern werde, ist in der Sache selbst nichts Wahres. Andrássy kehrt spätestens morgen hierher zurück und Ihr Kanzler denkt an die Quadratur des Zirkels um so weniger, als Andrássy sich, wenn er jetzt noch auf seinem Posten verbliebe, selber um sein ganzes Prestige gebracht hätte und keine Autorität mehr besäße. Richtig scheint uns nur so viel, daß der Fürst den Gasteiner Besuch in etwa vierzehn Tage in Wien erwarten will, was aber eine bloße Höflichkeitssvisite sein wird. Bleibt nun in der auswärtigen Politik Alles unverändert, so muß der Grund für Andrássys Rücktritt um so mehr in Motiven der inneren Politik gesucht werden: d. h. er geht, weil die Reminiscenz daran, wie er Hohenwart zu Falle brachte, von vornherein einen dunklen Schatten auf die Ausgleichs-Aera Taaffe werfen würde. Zum Theil hängt jedenfalls auch die Wahl des Nachfolgers mit Motiven der inneren Politik zusammen. Es findet dieser Tage hier eine förmliche Volkskammer-Conferenz statt: Beust aus Paris, Langenau aus Petersburg, Ludolf aus Madrid, Paar vom Vatican und Haymerle vom Quirinal sind anwesend. Baron Haymerle ist der ausgewählte Erbe. Er ist wohl eigentlich durch Andrássy in die Hof-Diplomatie eingeführt: der Minister brachte ihn vor drei Jahren aus dem Haag nach Rom und voriges Jahr nach Berlin zum Congrèsse. Mit Haymerle kann in Ungarn das Ministerium Tisza fortbestehen, was undenkbar wäre, wenn einer der Altconservativen in das Palais am Ballplatz einzöge. Der neue Minister, so darf man ihn wohl schon nennen, ist der Bruder des Obersten Alois von Haymerle, der fünf Jahre lang als Militärbevollmächtigter in Rom fungirte und eben jetzt ein Buch „Italicae res“ veröffentlicht hat, worin er die Verzweigungen der „Italia Irredenta“ als sehr gefährlich schildert, die italienische Regierung unbedingt solidarisch mit der letzteren hinstellt, die militärische Organisation des Königreiches aber als unbedingt unzulänglich analysirt für die Ausführung jener chimaerischen Projekte, denen das Ministerium Cicali in vollem Einklang mit der „Italia Irredenta“ huldigt.

Frankreich.

Paris, 26. August. [Über die Unterredung des Prinzen Napoleon,] deren wir schon erwähnten, schreibt man der „*L'Figaro*“: Der „*Figaro*“ bringt einmal wieder eine jene Unterredung, von denen man nie wissen kann, ob sie bloß der Abonnenten wegen erfunden oder echt sind. Die Stellung des Prinzen Napoleon ist heute jedoch eine solche, daß es wohl der Mühe wert ist, die Hauptpunkte der Unterredung auszuheben.

Der Prinz klärte zuerst auf, weshalb er der Kaiserin bei Gelegenheit des Begräbnisses des „kaiserlichen Prinzen“ seine Auswartung nicht gemacht: er sei nicht zu einer Familien-Veranstaltung, sondern zu einer dynastischen Conferenz eingeladen worden, in welcher er eine lächerliche Rolle gespielt haben würde. Dem von ihrem Sohne hinterlassenen Wunsche gemäß habe die Kaiserin seine Abschaltung als Thronfolger proklamieren und seinen Sohn zum Erben ihres Sohnes ernannt. Einer solchen Beschimpfung habe er sich nicht ausziehen wollen und eine solche Verleugnung der kaiserlichen Verfassung nicht zugeben dürfen. Betreffs des von ihm beobachteten Stillschweigen über seine zukünftigen Pläne bemerkte der Prinz: „Von dem Tage an, wo ich als Präsident auftrete oder als solcher handeln wollte, wäre es die Pflicht der Regierung, gegen welche ich mich in Aufstand zu erheben würde, mich des Landes zu verweisen. Andernfalls hätte ich es unter meiner Würde, meine Rechte einer Diskussion zu unterwerfen. Meinen Sohn mir gegenüberzusehen, daß derselbe sich eines Tages dazu herbeigehen und ich mich einer solchen Combination unterwerfen könnte, ist gar zu kindisch. Deßhalb scheiterte auch dieser Feldzug; die, welche ihn unternommen, haben zum größten Theil ihre Unterwerfung angeboten, und wenn sie noch vor Bedingungen sprechen, so geschieht es, um ihren Rückzug zu decken.“ Über die Zukunft soll sich der Prinz folgendermaßen gedacht haben: „Anstatt die höheren Clasen durch den Schreden niederzuhalten, indem man ihnen damit droht, sie dem Zorn der Massen preiszugeben, will ich die unteren Clasen durch das Vertrauen niederhalten, indem ich zu ihrem Wohlgehen alle Elemente des Wohlstandes beitragen lasse, welche die Besitzer der Vermögen der Regierung zurückerzwingen können, die ihnen Bürgschaften der Beständigkeit, der Erhaltung darbieten wird. Ich werde also dann im Widerspruch mit dem zweiten Kaiserreich, welches weder den einen Bürgschaften für die Freiheit, noch den anderen Bürgschaften für die Autorität gab, jenes Ideal der Regierung verwirklichen können, wo die Freiheit und die Autorität sich eine gegenseitige Stütze gewähren, um für immer den Despotismus und die Zügellosigkeit zu verbannen. Dies ist mein Ziel. Als wesentlich demokratisch wird das Volk bei uns nie zur legitimen Monarchie zurückkehren; wenn es die Republik aufgibt, so wird das Kaiserreich kommen. Nach dieser Seite habe ich also keine Propaganda zu machen; in den höheren Clasen muß ich Anhänger suchen; ihnen muß ich meine Absichten bekannt geben, Vertrauen einflößen und die mir nothwendige Unterstützung verlangen. Ich wünsche mir alle Thüren zu öffnen, die meinem Wetter verschlossen waren, mir die Achtung in der Welt der Industrie, der Finanzen, des Handels zu verschaffen, selbst in die Salons einzudringen, die, indem sie der Vergangenheit die Gesinnungen der Achtung und Bewunderung bewahren, doch geneigt sind, zum Wohl ihres Vaterlandes ihre Intelligenz und ihr Vermögen zu verwenden. Um auf diese Weise eine kaiserliche Restauration zu bewirksamen, halte ich es für nötig, in Frankreich zu bleiben.“ So die Hauptpunkte der Mittheilung des „*Figaro*“, die fast von allen Blättern nachgedruckt ist. Nur die bonapartistischen Organe, wie „*Étaffette*“, „*Ordre*“ u. s. w., hüllen sich in Schweigen.

[Der Gerichtshof von Chambéry] verurtheilte den Pfarrer von Meuvrier-Trouet, welcher auf der Kanzel die Regierung beschimpft hatte, zu 50 Frs. Geldstrafe.

[Die „Decentralisation“] ein clericales Organ von Lyon, wird wegen Beleidigung des Präsidiums der Republik verfolgt.

Paris, 27. Aug. [Port Vendres und die aus Neukaledonien heimkehrenden Deputirten. — Militärisches.] Port Vendres ist ein ganz kleiner französischer Hafen im Mittelmeer, unweit der spanischen Grenze. Die Kaiserin Eugenie, die, wie es scheint, eine Vorliebe für die so wenig bekannte Seestadt hatte, wünschte vor Zeiten, daß man sie zum Ausgangspunkt der Dampferlinie nach Algier mache. Diesen Wunsch scheint seltsamer Weise die Republik in Erfüllung bringen zu wollen. Die Brieftauben nach Algier sollen häufig über Port Vendres befördert werden, dies ist der Wunsch der Budgetcommission und der Regierung. Die Deputirten von Marseille haben jüngst in einer Sitzung der Kammer ohne großen Erfolg gegen dies Project, welches Marseille zu schädigen droht, Widerspruch erhoben. Port Vendres wird also wohl binnen einiger Zeit zu einem gewissen Rufe gelangen. Für's Erste ist es aber noch ein sehr stiller Fleck Erde, dessen Bewohner nicht wenig durch den unerwarteten Fremdenzusatz, der

ihnen in den letzten Tagen zu Thell geworden, überrascht worden sind. Wie schon gemeldet, hat die Regierung beschlossen, in diesem Hafen alle Deputirten, die auf vier Schiffen von Neu-Caledonien zurückgeführt werden, ausschiffen zu lassen. Die Wahl des Ortes verhindert den sehr begreiflichen Wunsch, störende Kundgebungen zu verhindern. Ohne Zweifel wird auch bei der Ankunft der Amnestierten alles ruhig und in Ordnung vor sich gehen. Zwar wenn man gewisse Blätter liest, könnte man auf die Vermuthung kommen, daß die gesammte Bevölkerung des südlichen Frankreichs in hellen Häufen nach Port Vendres ziehe, um die Heimkehrenden in Empfang zu nehmen. In Wahrheit hat aber diese Bevölkerung zuviel mit der Ernte zu thun, um eine solche Wanderung zu unternehmen, vorausgesetzt, daß sie zu derselben Neigung verspüren sollte. Die Fremden, die sich für den Augenblick in Port Vendres aufzuhalten, und die mit Ungebulb der Ankunft der Schiffe entgegensehen, sind Verwandte und Freunde der heimkehrenden Deputirten, denen sich die Berichterstatter einer Anzahl von Zeitungen beigesellen. Zu einer politischen Kundgebung, wie sie von Seiten einiger Intransigenten gewünscht wird, fehlt es da an den nöthigen Elementen. Vielleicht wären auch die meisten Amnestierten nicht in der Stimmung, sich zu einer solchen Demonstration herzugeben. Es wäre also eine übertriebene Vorsichtsmäßregel, wenn man die Ausschiffung in der Nacht vor sich gehen lassen wollte, wie es die „Marseillaise“ und die „Lanterne“ in einer für die Regierung verlebenden Absicht behaupten. Die Ankunft der Schiffe verzögert sich länger, als man vermuthet hatte. Das erste, welches den Suezkanal passiert hat, kann nicht vor morgen in Port Vendres eintreffen. — Der „Nappel“ giebt heute die genauen Ziffern der Heeresstärke für das nächste Jahr, in welchem die neue militärische Gesetzgebung zum ersten Mal vollständig zur Anwendung kommen wird, denn bisher hat man regelmäßig nur eine Reserveklasse und eine Abtheilung der Territorialarmee einberufen, und zwar aus Sparjägertekosten. Für das Jahr 1880 hat aber die Deputirtenkammer schon die Mittel bewilligt, alle vorschrittmäßigen Einberufungen vorzunehmen. Es werden darnach für die active Armee 497,793 Mann einberufen; für die Reserve (zwei Klassen) 313,857 Mann und 2850 Offiziere, für die Territorialarmee 149,000 Mann und 4800 Offiziere; im Ganzen 968,300 Mann mit Einschluß der Offiziere. Neu einzustellen sind in die active Armee 164,554 Mann, von welchen 107,300 fünf Jahre und 57,254 ein Jahr zu dienen haben. Die Zahl der Freiwilligen ist auf 8820 festgesetzt worden. In die Infanterie werden eingestellt 108,729 Mann, in die Cavallerie 16,363 Mann, in die Artillerie 25,221 Mann, in das Géniercorps 3544 Mann und in den Train 5422 Mann.

Rußland.

Odessa, 22. August. [Hinrichtung.] Über die bereits telegraphisch gemelde Hinrichtung der drei politischen Verbrecher Sergej Tschubarow, Dimitri Lisogub und Joseph Dawidenko bringen russische Blätter folgenden Bericht:

Die Delinquente wurden heute Nacht 1 Uhr aus dem Bezirks-Gerichtsgebäude nach dem städtischen Gefängniß übergeführt. Dasselbe angelangt, wurde jeder Einzelne in einer besonderen Zelle untergebracht. Die Frage des Gefängnisaufsehers, ob sie etwas zu sich nehmen wollten, verneinten sie und verlangten nur, sich zu Bett begeben zu dürfen. Auch wiesen sie jeden geistlichen Zuspruch zurück. Mit Ausnahme des Joseph Dawidenko hatten dieselben einen ziemlich ruhigen Schlaf, und als um 6 Uhr Morgens der Henker anlangte, mußten sie erst geweckt werden. Nachdem einem Jeden ein Glas Thee gereicht worden, nahm der Henker deren Umkleidung vor, wobei sie ihn ruhig gewähren ließen. Geistliche Tröstung wiesen sie auch diesmal energisch zurück.

Inzwischen hatte sich vor dem Gebäude und auf dem ganzen Weg, den der Zug nehmen mußte, sowie auf dem 6. Werft von der Stadt entfernten Riedplatz eine Menschenmenge von ungefähr 50,000 Personen aller Stände eingefunden, welche ruhig der kommenden Dinge harrte. Um $\frac{1}{2}$ 9 Uhr fuhr der Henker in Begleitung zweier Polizeioffiziere und eines Piquets Kosaken in einem geschlossenen Wagen nach dem Kesselfeld, und unmittelbar darauf befügten die Delinquente den im Hofe vorgefahrenen Armenkünderinnen. Derselbe zweiräderig mit blos einem Sitz setzte sich, umgeben von einer Compagnie Kosaken, in Bewegung; vor demselben marschierte Infanterie unter Trommelschlag; er lange einige Minuten vor 10 Uhr auf der Richtstätte an. Die Delinquente konnten, da sie mit dem Rücken nach vorne saßen, die drei Galgen auf der Fahrt nicht sehen. Als der Karren jedoch durch das Carré fuhr, drehte sich Dawidenko um und machte seine Gefährten auf die Galgen aufmerksam, worauf dieselben lachend um sich blickten. Beim Galgen blieb der Karren stehen. Der Henker sprang hinauf, band einen nach dem Andern los und übergab dieselben seinen Knechten. Nun wurde den Delinquenten das Todesurteil nochmals vorlesen und dieselben dann dem Henker zur Vollstreckung des Urteils übergeben. Dieser bemächtigte sich derselben rasch, zog mit Hilfe seiner Gefährten einem Jeden einen weißen Kittel an, band ihnen die Hände nach vorne und hielt sie von einander abschneiden. Dies thaten sie aber eben so wenig, als sie sich um den sich ihnen nährenden Geistlichen kümmerten. Auf ein Zeichen gingen die Trommen zu wirbeln an. Der Henker zog zuerst Lisogub eine weiße Kapuze über das Gesicht, stöhnte ihn den sechs Stufen hohen Schemel zum Galgen hinauf, wobei er ihn von rückwärts unterstützte, drehte ihn mit dem verdeckten Gesichte dem Publicum zu und legte ihm die Schlinge um den Hals, dieselbe etwas zusätzliche und das andere Ende des Strandes an einem Nagel im Pfosten des Galgens befestigend. Hierauf stieg der Henker die Stufen des Schemels hinab, zog diesen unter dem Siebenden fort und Lisogub blieb in der Luft hängen. In rascher Reihenfolge folgten ihm Tschubarow und Dawidenko auf dieselbe Weise und alle Drei hatten ihr Verbrechen mit dem Tode gesühnt. Nach einer Viertelstunde constatirte der Gerichtsarzt Dr. Rosen den eingetretenen Tod und nach einer weiteren Viertelstunde wurden dieselben abgeschnitten und ein Jeder einzeln in einem bereit gehaltenen Grabe unter seinem Galgen der Erde übergeben. Während der Execution und nach derselben verbreitete sich das Publikum vollkommen ruhig.

Tobolsk. [Drohbriefe.] Die Stadt Tobolsk befindet sich, nach einer Correspondenz der „Nowosti“, seit einiger Zeit in nicht geringer Aufregung. Der Polizeimeister und mehrere andere Personen haben nämlich anonyme Briefe erhalten, in welchen mitgetheilt wird, daß die Stadt in Brand gesteckt werden würde, und zwar an 25 verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit. In Folge dieser Drohungen sind die umfassendsten Maßregeln ergreift worden. Bewaffnete Patrouillen durchstreifen am Abend und in der Nacht die Stadt und verhaften jede ihnen verdächtig erscheinende Persönlichkeit. Die Bewohner versichern ihr Eigentum und die Kaufleute bringen ihre wertvolleren Waaren in feuerfesten Räumen unter.

[Der Gerichtshof von Chambéry] verurtheilte den Pfarrer von Meuvrier-Trouet, welcher auf der Kanzel die Regierung beschimpft hatte, zu 50 Frs. Geldstrafe.

[Die „Decentralisation“] ein clericales Organ von Lyon, wird wegen Beleidigung des Präsidiums der Republik verfolgt.

Paris, 27. Aug. [Port Vendres und die aus Neukaledonien heimkehrenden Deputirten. — Militärisches.] Port Vendres ist ein ganz kleiner französischer Hafen im Mittelmeer, unweit der spanischen Grenze. Die Kaiserin Eugenie, die, wie es scheint, eine Vorliebe für die so wenig bekannte Seestadt hatte, wünschte vor Zeiten, daß man sie zum Ausgangspunkt der Dampferlinie nach Algier mache. Diesen Wunsch scheint seltsamer Weise die Republik in Erfüllung bringen zu wollen. Die Brieftauben nach Algier sollen häufig über Port Vendres befördert werden, dies ist der Wunsch der Budgetcommission und der Regierung. Die Deputirten von Marseille haben jüngst in einer Sitzung der Kammer ohne großen Erfolg gegen dies Project, welches Marseille zu schädigen droht, Widerspruch erhoben. Port Vendres wird also wohl binnen einiger Zeit zu einem gewissen Rufe gelangen. Für's Erste ist es aber noch ein sehr stiller Fleck Erde, dessen Bewohner nicht wenig durch den unerwarteten Fremdenzusatz, der

von anderen Vereinen zugegangen, daß dieselben genügenden Stoff für die Berathungen im Winter bieten würden. — Der Dresdener Verein, zahlreicher als der Breslauer, habe für die Mitte fünfzig Monate alle Grundbesitzer-Vereine und einzelne Hausbesitzer zu einem Congress einberufen und als vorläufige Tagesordnung festgestellt: 1) Mittel zur Hebung des Grundredits, 2) Entlastung des städtischen Grundbesitzes, 3) Abänderung des Grundbesitz betreffenden Gesetze (Hypothekenordnung, Substationenverfahren, Miethgesetze etc.), event. Beschlusshaltung über diese Gegenstände betreffende Anträge. — Der Vorstand proprieert die Absendung von zwei Delegirten, während Schornsteinfeger-Obermeister Slatnikiewicz deren fünf wünscht. Schuhmachermeister C. J. Elsner schlägt die Herren Benno Milch und B. W. Grüttner vor. Herr Wenzel wird sich der Deputation auf eigene Rechnung anschließen. Herr Grüttner vermag ein Mandat als Deputirter nicht anzunehmen, da er zur Zeit des Congresses wahrscheinlich verhindert sein werde; trete dieser Fall nicht ein, so werde er sich der Deputation auf eigene Rechnung anschließen. Herr Schönabel schlägt nur als zweiten Deputirten den Stadtverordneten Grosche vor, wogegen Herr Wahnsin für die Sendung des Zimmermeisters Rogge plädiert. Auch Herr Dr. Korn war von einem Redner in Vorschlag gebracht worden, und es entspann sich eine längere Discussion darüber, in welcher Reihenfolge über die in Vorschlag gebrachten Herren abgestimmt werden sollte. Herr Korn trat zurück und wurde dann zuerst über Director Benno Milch abgestimmt, der einstimmig gewählt wurde; an zweiter Stelle erhielten Stadtverordneten Grosche 57, Zimmermeister Rogge 46 Stimmen. Erster ist somit gewählt und nimmt die Wahl mit der Erklärung an, daß er gern gelebt hätte, wenn statt seiner Herr Rogge gewählt worden wäre. Außer den Herren Grüttner und Wenzel wird auch Herr Düring die Deputation begleiten.

Es wurde darauf in Berathung über die „Clossetsteuer“ getreten.

Nach den Mittheilungen des Vorsitzenden soll die Finanzcommission der Stadtverordneten-Versammlung die Magistrats-Vorlage bereits mit 7 gegen 3 Stimmen verworfen haben. Wenn damit auch die Vorlage nicht definitiv bestigt sei, so wäre doch nicht anzunehmen, daß diese schließlich doch zur Annahme gelangen werde. Das Wasser müsse frei gegeben werden wie Luft und Licht, und die Allgemeinheit habe dafür einzutreten. Den Hausbesitzern müsse ein Minimalverbrauch freigegeben und nur der Überschuss dürfe bezahlt werden, dann würden die Hausbesitzer Wächter sein, das nicht vergebelt werde. Daß der vom Magistrat den Hausbesitzern aufgebürtete Minimal-Verbrauch nicht verbraucht werden könne, weiß Redner nach.

Der Vorsitzende eröffnete nunmehr die Discussion darüber, in welcher Weise der Verein, der Vorlage gegenüber sich schlüssig machen wolle und erhebt zunächst dem Regierungs-Secretär Späth als Correferenten das Wort. Derselbe kritisirt die Motivirung der Magistratsvorlage und zeigt namentlich an dem vom Magistrat seinen Motiven beigefügten Verzeichnissen über den Wasserverbrauch einzelner Grundstücke, wie wenig geeignet dieselben zur Beurtheilung des wirklichen Wasserverbrauchs pro Person seien. So sei das Haus Albrechtsstraße Nr. 12 mit nur 27 Bewohnern angegeben, während ganz unberücksichtigt geblieben, daß daselbst ein Wiener Café existiere, dessen Mehrverbrauch an Wasser nicht den wenigen Bewohnern zugeschrieben werden darf. Das Regierungsgebäude habe 16,910 Kubikmeter Ueberdruck über den sogenannten Minimalverbrauch und müsse jährlich 800 bis 1000 Thlr. bezahlen, was selbst dem Fiscus zu hoch komme. Man scheine bei der Berechnung nur die wenigen in dem Gebäude wohnenden Familien in Rechnung gezogen, die Hunderte von Beamten, welche täglich 8 Stunden lang dort verkehren und Wasser verbrauchen, aber vergessen zu haben. Alle die einzelnen Beispiele aufzuführen, würde zu weit führen. Redner glaubt, daß man es vorläufig auf das Votum der Stadtverordneten-Versammlung ankommen lassen könne, da im Fall der Annahme dieser neuen Steuer noch zwei Instanzen, Regierung und Ministerium vorhanden seien, welche die Steuer genehmigen müßten und bei denen der Verein Bechwörer führen könnte.

Schuhmachermeister C. J. Elsner stelle folgenden Antrag: „Der Grundbesitzer-Verein wolle beschließen und seinen Vorstand beauftragen: 1) beim Magistrat vorstellig zu werden, die Vorlage betrifft des Minimal-Wasserverbrauchs zurückzuziehen, 2) die Stadtverordneten-Versammlung zu erischen, die Vorlage abzulehnen und jeder neuen Steuer die Genehmigung zu versagen.“ — Schornsteinfeger-Obermeister Slatnikiewicz meint, Breslau befände sich seit dem Abgänge des Oberbürgermeister Elsner auf einem abschüssigen Wege und habe jetzt Schulden über Schulden. Herr Hobrecht habe die Stadt mit der kostspieligen, dem Verkehr nicht genügenden Universitätsbrücke, Herr von Jordan mit der Canalisation und dem Rittergut Osswitz begnügt. Unter allgemeiner Heiterkeit und Bravorufen fragt Redner, ob es denn gerade die Hausbesitzer sein müßten, welche die Kosten zu tragen haben, für das Kunststück in der Grabschener Straße, wo man alles zum Canalbau erforderliche Material anführt und beim Aufgraben dahinter kommt, daß der Canal seit fünf Jahren funktioniere. Zimmermeister Rogge, welcher den Beispiele des Vorredners auch die „dritte Gasanstalt“ antreibt, giebt eine geschickliche Ueberleitung der Entstehung der städtischen Wasserwerke. Damals habe kein Stadtverordneter daran gedacht, daß das Wasserwerk jemals zu Steuerzwecken ausgenutzt werden würde. Erst unter Hobrecht habe man sich dafür entschieden, daß die Maschinenkraft, welche an Stelle der Arbeitsleistung von Dienstboten trat, bezahlt werden sollte; etwas anderes habe der Tarif damals nicht enthalten. Redner kommt auf den Vorwurf zu sprechen, der ihm wegen seines Eintrittes für den „Wassermeister“ gemacht worden; er sei der Ansicht gewesen, daß ohne dieses Mittel der Wasserverbrauch nicht zu kontrollieren sei, immer aber sei in den damaligen Debatten die Meinung hervorgetreten, daß nichts mehr zu bezahlen sei, als eben die Maschineneistung. Vergedung habe damals in den Häusern, in welchen der sogenannte „Orientarif“ galt, stattgefunden. Wenn er vor Jahresfrist Stimmen gegen den Wassermeister vernommen habe, so möchte er doch bitten, diese Stimmen vorläufig noch zu unterdrücken und abzuwarten, ob es der Industrie nicht gelingen werde, den Mängeln derselben abzuhelfen. Troz des Beschlusses der Finanz-Commission sei es nothwendig, daß der Verein etwas thue, derselbe darf nicht schweigen, er müsse sich verantworten gegen die Steuer.

Herr Dr. Korn will die Schulden an die Steuer auf die Stadtverordneten-Versammlung nicht auf den Magistrat gewälzt seien. Die erste hätte vorgeschlagen, anstatt der vom Magistrat in Aussicht genommenen Bußschläge zu den Communallsteuern, eine Clossetsteuer einzuführen. Redner tritt nun im Allgemeinen für die Clossetsteuer ein, ist aber bei dem entstehenden Lärm nicht zu verstehen. Er schließt, daß kein Minimal-, sondern ein Maximal-Verbrauch festgestellt werden und dann der Ueberdruck besonders bezahlt werden müsse. — Juwelier R. Markfeldt stimmt im Allgemeinen den Ausführungen des Herrn Rogge bei. — Herr Kopenhagen widerspricht der magistratalen Auffassung, daß die Hausbesitzer durch die Canalisation einen Vortheil hätten, weil sie die Abfuhr nicht mehr zu bezahlen brauchten. Man vergesse dabei, daß die Spülung der Clossetsteuer komme, als früher die Abfuhr. — Stadtverordneter Grosche weist den von Herrn Dr. Korn der Stadtverordneten-Versammlung gemachten Vorwurf zurück, indem dieselbe keine Clossetsteuer beantragt, den Magistrat vielmehr nur ersucht habe: „Im Laufe des Jahres eine Steuervorlage zu machen, durch welche die Zinsen und Amortisationskosten des für die Canalisation aufgewandten Capitals aufgebracht werden.“

Die Discussion ist beendet. Director B. Milch stellt einen Antrag, welcher, nachdem Reg.-Secretär Späth den seines ganz und Herr Elsner den zweiten Theil seines Antrages zugelegeten, mit dem Elsner'schen zusammen zur Annahme gelangt. Der Beschuß der Versammlung lautet also wie folgt:

für die gefallenen Turmgenossen abhalten und später im Concerthause einen großen Commers mit verschiedenen Aufführungen veranstalten. In den Schulen werden diesmal Prämienbücher zur Vertheilung gelangen. — Wie fehlt man in den Kreisen der Fechtbrüder geneigt ist, die Verabreichung von Reisegeldern, auch wo sie den Behörden übertragen ist, wie das namentlich in den kleineren Städten jetzt vielfach der Fall ist, als ein natürliches Recht in Anspruch zu nehmen, davon lieferte eine Gerichtsverhandlung vor der hiesigen Criminal-Krieger-Deputation einen Beweis. Ein Fechtbruder, der in Löbau mit einer Reiseunterstützung versehen war, verlangte in Reichenbach wenige Stunden später gleichfalls eine solche. Es konnte ihm nicht begreiflich gemacht werden, daß die mit der Vertheilung der Unterstützungs-gelder beauftragte Reichenbacher Polizeiverwaltung nicht verpflichtet ist, jedem armen Reisenden ein Biscuit zu verabreichen und er lebte, nachdem er gewaltsam aus dem Locale entfernt war, nochmals zurück, um seine Forderung an die Unterstützungsstätte geltend zu machen. Während ein wöchentlicher Haft kann er nun über den Unterchied nachdenken, der zwischen einer freiwilligen Gabe und einer Abgabe besteht.

Steinau a. D., 28. August. [Canalisation.] — Stadtverordneten-Versammlung. — Masern. — Wahl. Die Canalisation-Arbeiten am nördlichen und westlichen Theile der Stadt sind nunmehr beendet. Da, wo noch vor wenigen Monaten verschlammte, übelriechende Gräben in unsymmetrischen Windungen sich hinzogen, sind jetzt sauber ausgesführt, aus Klinkerziegeln und Cement gearbeitete, möglichst geradlinige Canäle gebaut und werden dieselben mit den daneben angelegten Kanälen in späterer Zeit wesentlich zur Verschönerung unserer Promenade beitragen. — Bei der am vergangenen Dienstag stattgehabten gemeinschaftlichen Sitzung beider städtischen Collegien betraf der einzige Gegenstand der Tagesordnung die Incommunalisierung der Ortschaften Geisendorf, Carlshub, Georgendorf I. und II. und der Damnititscher Häuser in den Stadtbezirk Steinau. Herr Bürgermeister Lange trug den in der Sache zwischen dem Magistrat und dem Kreisausschuß einerseits und dem letzteren und den beteiligten Gemeindevorständen und den Inhabern der selbständigen Gutsbezirke Georgendorf II. und Carlshub andererseits bisher geplogenen Schriftwechsel vor, aus welchem sich ergiebt, daß die beteiligten Gemeinden und Gutsbezirke der in Antrag gebrachten Incommunalisierung in den diesjährigen Stadtbezirk nicht zustimmen. Nach eingehender Beratung wurde in Erwägung, daß bei dem Widerspruche der Landgemeinden und Gutsbezirke die Incommunalisierung, welche nur aus Gründen des öffentlichen Interesses würde statzindien können, obwohl solche Gründe thatsächlich vielfach vorliegen, unter den obwaltenden besonderen Umständen zur Zeit kaum durchzuführen sein dürfte und im Falle eines ungünstigen Ergebnisses der weiter zu stellenen Anträge der künftigen Betreibung der Sache leicht präjudiziert werden könnte, sowie in fernerer Erwägung, daß mit Rücksicht auf die Stadtcommune aus der Incommunalisierung den aufzunehmenden Ortschaften gegenüber erwachenden nicht unbedeutenden Verpflichtungen der Stadtcommune auf lange Jahre hinaus aus der Einverleibung ein Nutzen nicht erwachsen würde, wurde einstimmig beschlossen, die Angelegenheit wegen Incommunalisierung der vorgedachten Ortschaften und Gutsbezirke bis auf Weiteres auf sich beruhen zu lassen, dagegen den Magistrat zu ersuchen, die Verhandlungen wegen Zuschlagung des Babhofes zum Stadtbezirk kräftig weiter zu führen. — Seit ungefähr sechs Wochen treten auch am hiesigen — sonst sehr gefundenen Ort die Masern wahrhaft epidemisch auf. Einzelne Klassen der hiesigen Schulen stehen zum großen Theil leer und werden fast täglich neue Erkrankungsfälle angemeldet. Zum Glück tritt diese Kinderkrankheit in diesem Jahre in sehr gutmütiger Art auf. Ebenso sind zur selben Zeit die Kinder vieler Familien vom Reuchusten befallen worden. — Bei der gestern vorgenommenen Erfahrung für den aus dem Stadtverordneten-Collegium ausgeschiedenen königlichen Kreisgerichts-Secretär Herrn Petschke wurde Herr Beugschmid Weichert gewählt.

Schweidnitz, 28. August. [Städtischer Verwaltungsbericht. — Amtseinführung.] Der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Schweidnitz für die Zeit vom 1. April 1878 bis 31. März 1879 ist im Druck erschienen. Derselbe reicht sich den gebrückten Berichten, welche seit dem Jahre 1842 herausgegeben werden, an und giebt auf 77 Seiten in Quartformat eine Darstellung der Entwicklung unserer communalen Verhältnisse in dem abgelaufenen Jahr. Dantenswerth ist der geschilderte Überblick, welcher unter den 21 Abschnitten, in welche der gesamte Inhalt des Berichtes getheilt ist, die erste Stelle einnimmt. Der Ereignisse, welche derselbe im Zusammenhang vorführt, ist in der „Bresl. Ztg.“ bei verschiedenen Gelegenheiten bereits Erwähnung gehoben. Die Zahl der Einwohner betrug nach der letzten Zählung 22,186. Die Zahl der Geburten belief sich auf 721, die der Todesfälle auf 719. Das ungünstige Verhältniß ist, wie im Bericht ausführlich dargelegt wird, nicht auf ungünstige sanitäre Verhältnisse des Ortes zurückzuführen. Ein großer Theil der Todesfälle betrifft Personen, welche bereits schwer erkrankt von auswärts in die hiesigen Krankenhäuser eingebrochen oder in dem Armen- und Correctionshause, sowie in dem Kreisgerichts-Gefängnisse gestorben sind. Durch Buzug vermehrte sich die Zahl der Gemeindeglieder um 339, durch Abzug verminderte sich dieselbe um 245. In den Gemeindeverband traten 141 Gewerbetreibende, 21 Befiehrende incl. Particulars und 177 Gemeindeglieder in verschiedene bürgerlichen Verhältnisse incl. 36 Pensionären, zusammen 329 Gemeindeglieder, worunter 281 neu angezogen. Für die finanziellen Verhältnisse war das abgelaufene Jahr nicht günstig. Die Einnahmen beliefen sich auf 284,327 M. 76 Pf., die Ausgaben auf 320,641 M. 44 Pf. Daraus ergiebt sich eine Unterbilanz von 36,313 M. 68 Pf., eine Summe, um welche sich das Kämmerei-Bermögen vermindert hat. Dieses Resultat ist hauptsächlich den ungünstigen Holzconjuncturen zuzuschreiben. Die bedeutendsten Factoren unter den Einnahmen waren (in runden Summen) für unbeständige Gefälle 11,693 M., an Zinsen von Aktiv-Capitalien 10,528 M., an Forstüberläufen 55,458 M., an Überdruck aus den Gaswerken 15,319 M., an Communal-Einkommensteuer 140,430 M. Unter den Ausgaben sind besonders zu notiren: Bevollenden, Diäten, Prämien, Gratificationen an Magistratsmitglieder und Gemeindebeamte 64,326 M., zur Unterhaltung der Schulen und Lehrer in der Stadt und auf den Stadtgütern 85,204 M., an öffentlichen Abgaben und beständigen Gefallen 11,300 M., an Armenpflegekosten und für Wohlthätigkeitszwecke 24,403 M., an öffentlichen Stadtkosten 27,978 M., an Bau- und Reparaturkosten (Gutsdruck zur Baulaße im ordentlichen Etat) 31,519 M. — In der am gestrigen Tage abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Poststellenbesitzer Robert Hertel in das ihm übertragenen Amt eines unbesoldeten Stadtraths durch den Oberbürgermeister Glubrecht eingeführt, der demselben, nachdem er den vorgebrachten Dienstbot geleistet, die von der königl. Regierung zu Breslau bestätigte Vocation einbandigte. Der Stadtverordnetenbesitzer Jüttigkath. Gröger begrüßte den neuen Stadtrath im Namen der Versammlung.

X. Neumarkt, 29. Aug. [Weitere Verseuchungen. — Kartoffeln. — Feldschußverein. — Unglücksfall. — Bauten.] An weiteren Verleihungen vom hiesigen Gericht sind erfolgt: Der Grecuror Kübler als Gerichtsdienner zum Landgericht zu Ratibor und der Grecuror Poser als Aufseher der Strafanstalt in Jauer. — In Folge des häufigen Regenwetters beginnen bereits Klagen über Erkrankungen der Kartoffeln laut zu werden, jedoch stehen diese Klagen noch vereinzelt da. — Unser Feldschußverein erweist sich auch in diesem Jahre als sehr nützlich, Feldschießbäume auf städtischem Territorium gehören zu den Seltenheiten. — Gestern fiel ein dreijähriger Knabe in Frankenthal beim Spielen in den Graben und ertrank. — So wenig Bauten in diesem Jahre hier vorgenommen worden sind, so erstreden sich dieselben fast allein auf unsere hübsche Breslauer Vorstadt. Raum hat der Zimmermeister Zimmer sich ein Haus in der gedachten Vorstadt gebaut, so sind bereits wieder einige Bauten dort in Aussicht gekommen.

Militzsch, 28. Aug. [Kreis-Synode.] Am 27. d. Mts. fand die diesjährige Kreis-Synode statt und wurde durch einen in der hiesigen Gnadenkirche abgehaltenen Gottesdienst, wobei Herr Pastor Hindler die Liturgie und Herr Dietakonus Schmidt aus Trachenberg die Predigt hielt, eingeleitet. Den Vorsitz in der hierauf eröffneten Synode führte der Superintendent-Bewerber Herr Pastor Lembser aus Sulau. Nach Verlesung des vorjährigen Protocols gab der Vorsitzende einen Überblick über das kirchliche Leben im Kreise, in welchem hervorgehoben wurde, daß in Bezug auf Laufe und Ehe kein Zurückweichen zu bemerken sei, daß die Zahl der Kommunicanten zu der Seelenzahl im Kreise sich wie 2:3 verhalte. Herrn Pastor und ehemaligen Superintendenten Wandel aus Wirschnowitz, welcher die Superintendentur dieses Jahr niedergelegt hat, wurde ein Album mit fast sämtlichen Photographien der Synodalmitglieder überreicht. Auch wurde des Heimgangs des Herrn Grafen von der Recke-Wolmerstein auf Grafschin ehrendoll gedacht, der durch seine Stiftungen zu Dößelthal, Overdöll und Grafschin seinem warmen Sinn für die Notleidenden ein bleibendes Denkmal gesetzt. Zum Vortrage gelangte Herr Pastor Bolzburg aus Cossen, welcher in bündiger und präziser Weise „die Armenpflege“ be-

handelte und hervorholte 1) Wichtigkeit, 2) Organisation derselben. Hierauf sprach Herr Pastor Kirchner aus Braunschweig über die Unterbringung verwaister Kinder. Es wurde das Bild der Lage solcher verwaisten Kinder gezeichnet und Mittel und Wege angegeben, wie dieselben erzogen resp. zu untergebracht werden könnten, daß geistig und leiblich gebedient. Nachdem endlich Herr Bürgermeister Generalkommandeur einen Vortrag über das Rechnungswesen gehalten und der Protokollführer, Herr Graf Leopold v. d. Recke-Wolmerstein auf Grafschin, das Protokoll verlesen hatte, wurde durch den Vorsitzenden die Synode mit Gebet geschlossen. Die Mitglieder vertraten sich zu einem gemeinschaftlichen Diner in Nachwitz's Hotel.

V. Neustadt, 29. August. [Ernennungen. — Blühschlag. — Neuer Verein. — Sedanfest.] Für das hiesige Amtsgericht sind folgende Ernennungen erfolgt. Zu Gerichtsschreibern sind ernannt: Rechnungsgericht-Dinter, Canzlei-Director Schubert und die Gerichts-Secretaire Controleur Mehlhorn, Hänzel und Eisner; zu Gerichtsvollziehern: Canzlist Rheinisch und Actuar Ziemann, sämtlich von hier. Verzeigt und ernannt sind: Botenmeister Dürschlag als Gerichtsvollzieher nach Groß-Strehlitz, Depositalkassen-Rendant Langner als Kassen- und Rechnungsbeamter nach Hirschberg beim offenen Landgericht, Actuar Kramm als Gerichtsvollzieher nach Zabrze. — Am 26. d. M. gegen 9 Uhr Abends, durchzog wiederum ein heftiges Gewitter unsere Gegend. Nach 11 Uhr röthete sich plötzlich der Himmel gegen Westen, und brannten in Wiese eine Scheuer und ein Stall ab, die der Blitz entzündet hatte. Auch in Niegendorf hat der Blitz eingeschlagen und gezündet. Merkwürdigweise war es dieselbe Bestigung, in welcher es vor 8 Jahren einschlug und damals wie jetzt zwei Kühe tötete. — Behufs Bezeichnung und Beendigung über die Gründung eines „Verhönerungs-Vereines“ waren die hiesigen Bürger durch das „Stadtblatt“ eingeladen worden, sich Mittwoch, den 27. d. Mts., Abends 7 Uhr, im Saale des Volksgartens recht zahlreich einzufinden zu wollen. Zu dieser Versammlung hatten sich circa 60 Personen eingefunden. Nachdem mehrere Redner die Nothwendigkeit und Nützlichkeit eines solchen Vereines namentlich für Neustadt besprochen hatten, wurde die Gründung derselben beschlossen und vorläufig als Vorstand gewählt die Herren: Bürgermeister Kramm, Sanitätsrat Dr. Fränkel, Fabrikbesitzer A. Fränkel, Beigeordneter, Kaufmann Rudolph, Stadtverordneten-Vorsteher Schwarzer und Oberlehrer Dr. Erner. — Begegnung des Sedanfestes am 2. September in der nächste Wochenmarkt auf Mittwoch, den 3. September, verlegt worden. Das Fest wird hier, wie in früheren Jahren begangen, und Nachmittags ein großes Kinderfest unter Bezeichnung aller 25 Schulfaschen abgehalten werden.

d. Gleiwitz, 28. August. [Vorlaubverein. — Zur Justizorganisation. — Anleihe. — Fleischbeschauer. — Töchterschule.] Der Semestral-Abschluß des hiesigen Vorlaubvereins wurde gestern in der Generalversammlung vom Vorsitzenden, Herrn Stadtrath Weinmann, in längeren Vorträgen dargelegt. Zuvor der constatirte der Redner, daß die Mitgliederzahl 1880, dieselbe, wie im Vorjahr geblieben und forderte die Versammlung auf, das Andenken der verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Plänen zu ehren. Die Geschäftslage des Vereins sei im Allgemeinen als eine günstige zu bezeichnen, namentlich könne man in der Bünahme der Spareinlagen das stets wachsende Vertrauen in die Creditfähigkeit des Vereins erblicken. Verluste seien bisher dem Verein erspart geblieben, wenngleich einige kleinere Verluste demselben drohen, die zur Beunruhigung keine Veranlassung geben können. Der Reservefond beträgt nunmehr 10,525,86 M., habe mithin eine Zunahme gegen das Vorjahr von 660,09 M. erfahren. Das Guthaben der Mitglieder beläuft sich auf 141,270,71 M. und habe um 888,08 M. gegen das Vorjahr abgenommen. Die gegebenen Vorlässe repräsentieren ein Capital von 367,559,12 Mark, dieselben haben sich gegen den Zeitraum vom 1. Juli 1878 um 21,356,05 Mark vergrößert. Die Spareinlagen belaufen sich auf 223,565,06 M., also gegen das Vorjahr um 22,186,96 M. zugemommen. Die Kasse balancirt mit 914,16,95 M., der Reingewinn für das 1. Semester 1879 beträgt 7069,16 M. Der Vorsitzende macht ferner Mitteilungen vom 15. Unterverbandstag schlesischer Genossenschaften, der am 23. und 24. Mai c. zu Striegau abgehalten wurde. Der nächsthjährige Verbandsstag findet zu Gleiwitz statt und sind dem Verein 300 M. aus der Verbandsfeste als Kostenbeitrag hierzu bewilligt worden.

Als erster Secretär bei der Staatsanwaltschaft des hiesigen Landgerichts ist per 1. October der Kreisgerichts-Secretär Drödel aus Pleß, ferner ist als Gerichtsschreiber beim hiesigen Amtsgericht Herr Rendant Browinskis aus Grottau ernannt worden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Rechnungs- und Revisionsbeamten bei der königl. Staatsanwaltschaft des hiesigen Landgerichts wurde Herr Gerichtsschaffner-Rendant Wolff hier selbst beauftragt. — Die hiesigen Fleischbeschauer sind angewiesen worden, nunmehr das Schweinefleisch nach der Untersuchung mit Brennstempeln zu versehen. Lehtere, sowie Spirituslampen wurden ihnen zu diesem Zwecke von der Polizeiverwaltung ausgefolgt. — Nach einer aus dem Ministerium an den hiesigen Magistrat eingetroffenen Nachricht, ist die Genehmigung zur Emision der Anleihe unserer Stadt in Höhe 550,000 M., noch nicht, wie irrtümlich gemeldet, ertheilt, sondern erst nachgeprüft worden. — Dinstag fand der Spaziergang der höheren Töchterschule von Dr. Ansorge statt. Die Anstalt wird mit dem 1. October den Namen „Kaiserin Augusta-Schule“ führen.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

Posen, 27. Aug. [Die Polen und die Schule.] Die „Pos. Ztg.“ schreibt: Nachdem die polnischen Abgeordneten und die polnische Presse zu Seiten des Cultusministers Falt wiederholenlich, aber stets vergeblich, gegen diejenigen neuen Einrichtungen, durch welche die Schulen in unserer Provinz seit 7 Jahren regenerirt worden sind, protestirt haben, beginnt die polnische Presse gegenwärtig, ermutigt durch die Cösliner Riede des Cultusministers von Buttkamer, aufs Neue, zu einem Ansturz gegen die jüdischen Institutionen zu mahnen. Schon im Juli d. J., als der Zurücktritt des Cultusministers Falt gewiß war, trat der „Dresdenit“ mit der Forderung der Wiedereinführung der konfessionellen Schulen und der geistlichen Schulinspektion, sowie der polnischen Unterrichtssprache für polnische Schüler hervor. Nachdem der „Dziennik Pozn.“ sich hiermit einverstanden erklärt und den Rath ertheilt hatte, die polnischen Abgeordneten möchten im Landtage aufs Neue Beschwerden über die Schul-Einrichtungen in unserer Provinz führen und Interpellationen an den Herrn Cultusminister richten, empfiehlt der „Dresdenit“, welcher diese Angelegenheit in zwei längeren Artikel behandelt, den Weg der administrativen Beschwerde der hiebei zunächst interessirten Eltern und Gemeinden beim Herrn Minister, damit die Angelegenheit im Ministerium gründlich erwogen und geprüft, und Abhilfe gezaubert werde. Auch werde es nicht vortheilhaft sein, gleichzeitig mit den Beschwerden über das höhere und niedere Schulwesen zu kommen; vielmehr werde es sich empfehlen, zunächst die niederen Schulen ins Auge zu fassen. Der „Dresdenit“ stellt für dieselben folgende Forderungen auf: Denkelsen sei der konfessionelle Charakter wiederzugeben und die geistliche Schulinspektion wieder herzustellen; auch sei in denselben die polnische Unterrichtssprache für Kinder polnischer Zunge wieder einzuführen. Während die Oberpräsidialbestimmungen vom Jahre 1873 die deutsche Unterrichtssprache für alle Lehrgänge, mit Ausnahme der Religion und des Kirchengesanges, festsetzen, sei im Gegensache hierzu die Wiedereinführung der Regierungserfüllung vom Jahre 1867, wonach die Unterrichtssprache für Kinder polnischer Zunge die polnische war, zu verlangen. — Der „Dziennik Pozn.“ erläutert sich in seiner heutigen Nummer mit den obigen Vorschlägen „Dresdenit“ nicht einverstanden, und macht den Vorschlag, die polnischen Delegirten, welche sich hier am 3. September d. J. versammeln, möglichen gemeinsam mit dem Central-Wahlcomite eine Enquete-Commission für die Schulangelegenheiten einzusehen, in welches wenigstens auch zwei der künftigen Abgeordneten einzutreten hätten. Dieses Comite möge die Kreise unter seine Mitglieder verteilen, und die Schulvorstände und Fachmänner um Aufstellung des erforderlichen Materials ersuchen. Auf Grundlage dieses Materials hätten dann die weiteren Schritte zu erfolgen.

H. Aus dem Kreise Krotoschin, 28. Aug. [Ertrunken. — Truppen-Inspektion.] Der Wirth Martin Dürrort aus Basznia arbeitete mit seinen Kindern lärmlich auf dem Felde. Um frisches Trinkwasser zu haben, hatten sie eine mit Brunnengewässer gefüllte Flasche in eine Mergelgrube gestellt. Nach dem auf dem Felde gemeinschaftlich eingenommenen Mittagessen hielt der Vater ein kurzes Mittagschlafchen. Während dessen ging sein neunjähriges Lädchen, um seinen Durst zu löschen, nach der Mergelgrube. Jedenfalls ist dabei das Kind ausgeglitten, in das am Ufer zwar nicht tiefe, aber sehr kalte Wasser der Grube gefallen und vom Schlag gerührt worden. — Begünstigt von schönem Wetter fand gestern früh durch Se. Excellenz den commandirenden General v. Kirchbach, im Beisein des General-Lieutenants und Divisions-Commandeurs v. Sandrart und Generalmajors und Commandeurs der 10. Cavallerie-Brigade v. Knobelsdorff-Brenkenhoff die Inspektion des in Krotoschin und Umgegend stationirenden 2. Leib-Husaren-Regiments auf der Feldmark Pyrzec statt, welche, wie berichtet wird, zur größten Zufriedenheit ausgefallen ist. Dem das zahlreich zuschauende Publikum vom Exercirplatz abhaltenden Gendarmerie-Wachtmeister ertheilte Se. Excellenz in liebenswürdiger Weise durch seine Ordonnanz die Ordre, das Publikum behufs näherer Besichtigung der

Exercirübungen vom Betreten des Exercirplatzes nicht abzuhalten. Nachstes Sonnabend rüdet die hier garnisonirenden Husaren zum Manöver aus und wird Krotoschin bis zum Eintreffen seiner Ulanen ohne Militär sein. Die dort im Quartier gelegenen Truppen haben durchweg befriedigt die Stadt verlassen.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 29. Aug. [Börse.] Bei Beginn der heutigen Börse herrschte auf allen Gebieten eine recht feste Haltung, indeß fehlte es im Allgemeinen doch an Unternehmungslust und blieben daher die Umsätze nur von geringerer Ausdehnung. Anregend, wenigstens auf dem Eisenbahnmarkte, hatte das Communiqué der „Nord. Allg. Btg.“ gewirkt, demzufolge in nächster Zeit von Seiten der Regierung die Verhandlungen wegen Ankaufs der Berlin-Anhaltischen und der Rheinischen Eisenbahn eröffnet werden würden. In den interessirten Börsenkreisen sprach man sich allgemein zwar dahin aus, daß die als Kaufpreis in Aussicht gestellten Rentensätze von 4 resp. 6 p.C. keineswegs als verlockend erscheinen könnten, indeß glaubte man, daß die Regierung, die nun einmal den offenen Willen zum Erwerbe der qu. Bahnunternehmungen gezeigt habe, um zu ihrem Ziele zu gelangen, auch bei ersten Unterhandlungen eine höhere Rente gewähren würde. Nur auf diese Annahme baute die Speculation ihre Calculation und suchte die betreffenden Papiere zu poussieren. In der Prolongation bedangen: Credit 40 Pf. Rep., Franzosen 40 Pf. Rep., Lombarden 60—80 Pf. Dep., Com. mandit 1%—2% p.C. Rep., Orientanleihe 0,20 p.C. Dep., Russische Noten 40 Pf. Rep., neue Russen 0,20 p.C. Dep., alte Russen 0,10 p.C. Dep. Die internationalen Speculationspapiere hatten mit immerhin beachtenswerthen Cours-Abwanden eröffnet, und gingen Österreichische Credit-Aktion und Franzosen auch recht lebhaft um. Auf später eintreffende Wiener Notizen griff aber in zweiter Börsenstunde eine matte Tendenz Platz, vor der namenlich Staatsbahn-Aktionen betroffen waren. Die österreichischen Nebenbahnen waren im Allgemeinen recht fest, besonders zeichneten sich Kaschau-Oderberger und Böhmische Westbahn in dieser Hinsicht aus. Von den localen Speculations-Effecten waren Disconto-Conn.-Anteile fest und wurden auch ziemlich lebhaft umgesetzt, Laura-Aktion verbreiteten sich sehr stift. In den auswärtigen Staatsanleihen fand ein lebhafter Geschäft statt und zogen auch die Courte etwas an. Russische Noten anfangs fest, Schluss matt, verult. 213 1/4 bis 212 1/2, ver September 214—212 1/2 (Bopräm 216/3). Preußische und andere deutsche Staatspapiere still und unverändert. Eisenbahn-Prioritäten sehr ruhig. Auf dem Eisenbahn-Aktienmarkt gewann der Verkehr eine lebhafte Physiognomie. Rheinische lebhaft steigend und Rheinische B sehr beliebt. Per ultimo notiz: Köln-Mindener 139,10—25, Rheinische 137—40, Bergische 92,75—60—90, Anhalter anziehend. Stettiner und Halberstädter höher. Oberösterreichische und Thüringer in guter Frage. Potsdamer behauptet. Ostpreußische Südbahn nicht unbeliebt. Rumänen bemerkten sich in guter Festigkeit. Banknoten fest, aber in rubigem Verkehr. Darmstädter Bank zog bei reger Nachfrage im Course an, Leipzigischer Credit höher. Braunschweiger Hypothekenbank besser. Preßlauer Wechslerbank steigend, Dessauer Creditbank, Coburger Creditbank und Maßlerbanken ebenfalls höher zur Notiz. Petersburger Internationale Bank mußte im Course nachgeben. Industriepapiere ohne Leben. Omnibus höher. Leopoldshall ließ etwas nach. Lauchhammer steigend. Montanwerke fest. Weißfahne Union, Gelsenkirchen, Braunschweiger Kohlenwerke, Hibernia, Marienhütte Rohenau und Stolberger Zink anziehend.

Um 2% Uhr: Stetlich fest. Creditactien 447,50, Lombarden 151,50, Franzosen 474,— Reichsbank 155,25, Disc.-Commandit 155,— Laurahütte 82,50, Türken 11,60, Italiener 78,75, Oesterl. Goldrente 68,70, Ungarische Goldrente 79,—, Oesterl. Silberrente 58,90, do. Papierrente 57,37, 5% Russ. Anl. alte —, do. neue 89,37, Köln-Mindener 139,12, Rheinische 137,37, Galizier —, Bergisch: 92,87, Rumänen 37,75, Russische Noten 213,—, Orient.-Anl. II.

Fonds- und Geld-Courses.

Deutsche Reichs-Anleihe	14	99,00	bz
Consolidirte Anleihe	41/2	185,75	bz
do. do. 1878	4	95,10	bz
Staats-Anleihe	4	99,00	bz
Staats-Schulden-Gesell.	31/2	95,00	bz
Präm.-Anleihe v. 1865	31/2	152,50	bzG
Berliner Stadt-Oblig.	41/2	103,20	bz
Berliner	103,36	bz	
Pommersche	31/2	82,90	bzG
Schlesische	4	86,00	bz
do. do.	41/2	85,50	bz
do. Ländsch.Crd.	41/2	104,10	bz
Pommersche neu	4	86,00	bz
Schlesische	31/2	99,50	G
Landschaftl. Central	4	98,90	bz
Ker. a. Neumärk.	4	98,70	bz
Pommersche	4	88,40	bzG
Pruessische	4	85,60	bz
Westfäl. u. Rhein.	4	99,00	G
Sächsische	4	99,10	bz
Sächsische	4	95,40	bz
Badische Präm.-Anl.	4	128,75	bz
Palatiner 40% Anleihe	4	138,30	bz
OÖn-Mind. Präm.-Schw.	31/2	128,25	bz
Sächs. Kante von 1878	2	76,40	B

Hypotheken-Certifikate.

Krupp'sche Partial-Part.	11/2	110,25	bz
Unk.Pfd. d. Pr.Hyp-B.	41/2	106,23	bz
do. do.	4	102,00	bz
Dentache Hyp.-B-Pfd.	41/2	98,75	bz
Künd. br. Cont.-Bd.-Cr.	41/2	101,80	G
Wkünd. do. (1872)	5	104,80	G
do. rücksb. a. 110	5	112,50	G
do. do.	41/2	104,20	bz
Unk.H. d. Pr.Bd.-Crd.	4	102,50	G
III. Em. do.	4	102,50	G
Einhd.Hyp.-Schuld.	5	98,60	bzG
Hyp.-Ath. Nord.G-C-B	5	95,40	bzG
do. do. Pfandb.	5	92,00	bz
Künd. br. Cont.-Bd.-Cr.	41/2	101,80	G
Wkünd. do. (1872)	5	104,80	G
do. rücksb. a. 110	5	112,50	G
do. do.	41/2	104,20	bz
Unk.H. d. Pr.Bd.-Crd.	4	102,50	G
do. II. Em. do.	4	102,50	G
do. do. 110	41/2	98,40	bzG
Heininger Präm.-Ob.	5	105,50	bz
Pfahd.Oest.Bd.-Cr.-Ge	5	100,50	G
Heines. Bodenr. Pfdr.	5	103,20	G
do. do.	41/2	104,20	bz
Südd. Bod.-Gred.-Pfd.	5	104,00	G
do. do.	41/2	102,00	G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1./7.)	41/2	63,90	bz
do. 1/4./19.	56,75	bz	
do. Goldrente	4	68,60	bzG
do. Papierrente	41/2	57,50	bz
do. Südr. Präm.-Anl.	4	111,16	bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	118,55	bz
do. Credit-Loose	fr.	317,50	bz
do. Südr. Loose	fr.	291,90	bz
Euss. Präm.-Anl. v. 64	5	154,90	bz
do. do. 1866	5	154,50	bz
do. Orient.-Anl. v. 1877	5	60,50	bz
do. II. do. v. 1878	5	60,50	bz
do. do. v. 1879	5	60,50	bz
do. Bod.-Grad.-Pfd.	5	78,50	bz
do. do. 1877	5	89,25	bz
do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfd.	5	79,50	bz
Euss.-Poln.Schätz.-Ob.	5	86,25	bz
Pohl. Pfndr. III. Em.	5	64,60	bzG
Pohl. Liquid.-Pfndr.	5	57,80	G
Amerik. rückz. p. 1861	5	142,30	bz
do. do. 50% Anleihe	5	161,20	bz
do. do. 50% Anleihe	5	78,50	bzG
Ital. Tabak-Oblig.	5	—	
Znab.-Grazer 100 Thlr.	4	81,70	bz
Euzänische Anleihe	8	106,10	bz
Türkische Anleihe	fr.	111,65	bzB
Ungar. Goldrente	5	75,30	bz
do. Loose (M. P. St.)	5	174,75	bzB
Zng. 50% St. Eisb. Anl.	5	86,30	bzG
do. Schatzanw.l. Abth.	5	—	
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	—	
Finnische 10 Thlr.-Loose	44,70	bz	
Würken-Loose	47,40	bz	

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg. Kurs. Serie IL	41/2	89,50	bz
do. III. v. St. 34/46.	31/2	89,50	bz
do. do. VI.	41/2	102,30	bz
do. Hess. Nordbahn	5	102,26	G
Berlin-Görlitz	5	101,55	bzB
do. do. 41/2	96	96	bz
Bresl.-Freib. E.	41/2	161,25	bz
do. Lit.	41/2	160,25	bz
do. Lit.	4	160,25	bz
do. do. J.	41/2	100,25	bz
do. do. K.	41/2	100,25	bz
do. do. von 1876	5	104,50	bz
Böhm.-Mindelli. Lit. A.	5	91,50	bz
do. B.	41/2	102,20	bz
do. do. IV.	5	98,00	bzG
do. do. V.	5	97,60	G
Halle-Sorau-Guben	41/2	103,00	bzG
Hannover-Altenbeken	5	100,50	G
Märkisch-Posen	41/2	102,26	B
M.M. Staatsb. I. Ser. 4	—	—	
do. II. Ser. 4	—	—	
do. do. Ob. I. u. II. 4	5	98,60	G
do. do. III. Ser. 4	5	98,75	G
Überschies. A.	41/2	—	
do. G.	41/2	—	
do. D.	41/2	97,50	G
do. E.	41/2	89,20	bzG
do. F.	41/2	—	
do. G.	41/2	—	
do. H.	41/2	162,90	bzB
do. von 1853	5	97,20	bz
do. von 1873	5	97,25	bz
do. von 1874	41/2	102,95	G
Brieg.-Neisse	41/2	—	
do. Ossol.-Oder.	4	—	
do. do.	5	102,90	G
do. Stargard.-Posen	5	96,50	G
do. II. Em.	41/2	101,75	G
do. do. III. Em.	41/2	101,75	B
do. Närsl.-Oder-Ufer-B.	41/2	—	
Zaschi.-Oder-Ufer-B.	41/2	—	
Schlesw. Eisenbahn	41/2	—	
Sharkow.-Asow gar	5	92,20	G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	87,00	bzG
do. 20 Mark gar.	5	90,60	bz
Sharkow.-Kremn. gar.	5	87,60	bzG
do. do. in Pfd. Sterl.	5	90,60	bz
Eisän.-Kosov. gar.	5	90,90	bzG
Dux-Bodenbach	5	77,75	G
do. II. Emission	5	69,80	bz
Prag-Dux.	fr.	34,20	bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	89,50	G
do. do. neues	5	88,40	G
Moldauer Lda.-Bk.	5	88,75	bzG
Ostdeutsche Bank	5	87,00	bz
Pr. Credit-Anstalt	5	87,75	G
Sächs. Cred.-Bank	5	87,75	G
Schl. Vereinbank	5	88,00	bzG
Weimarer Bank	5	88,50	G
Wiener Unionsbk.	23/2	—	

In Liquidation.

Berliner Bank	—	fr.	5,50	G
Berl. Bankverein	—	fr.	—	
Berl. Wachauer-B.	—	fr.	33,50	G
Central. f. Genos.	—	fr.	—	
Deutschs. Unionsb.	—	fr.	—	
Gwh. Schusterh. C.	—	fr.	—	
Nordd. Gummanif.	4	fr.	45,00	bz
Westend. Com.-G.	—	fr.	—	
Pr. Hyp.-Vera.-Act.	8	fr.	87,75	G
Schles. Feuervors.	25	fr.	102,50	G
Donnersmarkhüt.	3	fr.	40,90	bzG
Dortm. Union	0	fr.	16,10	G
do. abgest.	6	fr.	17,75	bz
Königs- u. Laurah.	2	fr.	82,40	bz
Lawchammer.	—	fr.	33,10	bz